



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft	21.02.2011	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### **Generalinstandsetzung Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Terminplan und Kostenberechnung**

In der 11. Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 24.01.2011 wurde darüber informiert, dass bei der Generalinstandsetzung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, auf Grund von nicht vorhersehbaren Behinderungen und Ablaufstörungen bei Erstellung der statischen Ertüchtigungsmaßnahmen der Fundamente, der vorgesehene Fertigstellungstermin Dezember 2011 nicht mehr eingehalten werden kann, die Fertigstellung wurde für Juni 2012 avisiert. Herr BG Streitberger sagte zu, dem Ausschuss einen aktuellen Terminplan sowie eine aktuelle Kostenprognose vorzulegen.

Der beigefügte Ausführungsterminplan berücksichtigt nunmehr die terminliche Relevanz von Zusatzleistungen und Erschwernissen bei der Gründung und Herstellung der statischen Ertüchtigungsmaßnahmen. Die Verschiebung des Fertigstellungstermins auf Juni 2012 ist dabei als Rahmen für gegebenenfalls weitere Behinderungen am ordentlichen Bauablauf anzusehen. Angestrebt wird eine frühere Fertigstellung. Der Fertigstellungstermin ist von hoher Relevanz für die Beseitigung der durch das Einsturzungsglück ausgelösten Störung des Schulbetriebes des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums. In der Folge wird auch der Betrieb der Volkshochschule massiv beeinträchtigt, da das Gebäude am Heumarkt nicht für den Volkshochschulbetrieb zur Verfügung steht.

Um weitere Terminstörungen durch verwaltungsinterne Verfahrenshemmnisse zu vermeiden, wurden unter Beteiligung des Amtes des Oberbürgermeisters mit dem Vergabeamt und dem Rechnungsprüfungsamt weitreichende Vereinbarungen getroffen. Seitens des Vergabeamtes erfolgt eine Priorisierung der Abarbeitung der Vergabevorgänge dieses Projektes. Eine vergabebegleitende Prüfung der Vergabevorgänge durch das Rechnungs-

prüfungsamt soll entfallen. Das Rechnungsprüfungsamt hatte bereits mehrfach auf die nicht übereinstimmende Regelung der Zuständigkeitsordnung und der Betriebsatzung der Gebäudewirtschaft hingewiesen, wonach Vergaben ab 250.000 € dem Betriebsausschuss vorgelegt werden müssen. Dies löst eine Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt aus. Im Vorgriff auf eine umfangreiche Änderung des Verfahrens zur Vergabe von VOB-Aufträgen wird das Rechnungsprüfungsamt auf die Prüfung in diesem Projekt ab sofort verzichten.

Die Kosten überschreiten die genehmigte Kostenberechnung um netto ca. 1,3 Mio. € (von 17,19 Mio. € nunmehr auf 18,53 Mio. €). Dies begründet sich im Wesentlichen mit den festgestellten zusätzlichen Maßnahmen, wie

- der Änderung der Gründungsarbeiten auf Grund der festgestellten Hohlräume und vorhandenen Fundamentierungen,
- der Sanierung der Kellerböden oberhalb der Hohlräume (Kriechkeller) sowie den damit verbundenen Umplanungsleistungen der Architekten, Fachplaner und Statiker,
- den zusätzlichen Sondierungsarbeiten der Blindgänger-Verdachtspunkte mit De- und Remontage der Schulcontainer-Anlage.

gez. Streitberger